

Thema des Monats

Frühjahrgutachten:

Bauinvestitionen 2008/2009 weiter aufwärts gerichtet

(brb).-Nach Einschätzung der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute schwächt sich die deutsche Konjunktur in Folge der weltwirtschaftlichen Risiken ab. Für das laufende Jahr wird ein reales Wachstum des Bruttoinlandsproduktes von 1,8 Prozent erwartet, für 2009 von 1,4 Prozent. Die Bauinvestitionen sollen 2008 mit einer preisbereinigten Jahresrate von 1,1 Prozent wachsen, 2009 mit 1,4 Prozent.

Unter der Überschrift „Folgen der US-Immobilienkrise belasten Konjunktur“ hat die Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose ihr Frühjahrgutachten 2008 vorgelegt. Nach ihrer Einschätzung wird im Frühjahr 2008 die Weltkonjunktur von der Krise des Immobilien- und Finanzsektors in den USA und den von ihr ausgelösten weltweiten Finanzmarkturbulenzen überschattet. Die USA stünden am Rande einer Rezession, in Westeuropa habe sich die Konjunktur etwas abgekühlt und in Japan nehme die gesamtwirtschaftliche Nachfrage nur noch schwach zu. Für den Prognosezeitraum sei ein weiteres Nachlassen der weltwirtschaftlichen Expansion zu erwarten.

Neben den Risiken wurden allerdings auch Faktoren genannt, die sich für Deutschland besonders günstig auswirkten. Anders als in einer Reihe von europäischen Ländern habe sich die internationale Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands verbessert. Dabei habe neben dem moderaten Lohnanstieg, der die Lohnstückkosten über Jahre hinweg sogar hätte sinken lassen, das Exportsortiment eine Rolle gespielt. In vielen Ländern würden besonders Produkte nachgefragt, bei denen deutsche Anbieter über eine starke Stellung auf dem Weltmarkt verfügten.

Um ebenfalls 0,4 Prozentpunkte wurden die Erwartungen an das Wachstum der Bauinvestitionen nach unten korrigiert; diese sollen nun im laufenden Jahr preisbereinigt um 1,1 Prozent zulegen. Die Änderung ist nahezu ausschließlich auf eine Neubewertung des Wohnungsbaus zurückzuführen; dieser soll nicht mehr mit einer realen Jahresrate von 0,2 Prozent, sondern von 0,7 Prozent zurückgehen.

Reale Bauinvestitionen				
	2007	2007	2008	2009
	Anteile in %	Veränderung gg. Vorjahr in %		
Wohnbauten	56,9	0,6	- 0,7	0,5
Nichtwohnbauten	43,1	4,5	3,5	2,6
Gewerblicher Bau	30,8	3,7	2,7	2,0
Öffentlicher Bau	12,3	6,8	5,5	4,0
Insgesamt	100,0	2,3	1,1	1,4

Fortsetzung Seite 2

Nord/LB analysiert Wohnungsmarkt

(brb).-In einer Studie zur Zukunft der Wohnimmobilien und der Wohnungsunternehmen in Deutschland hat die Immobilien Research der Nord/LB die Herausforderungen untersucht, die vom demografischen Wandel ausgehen und ihre Folgen für den Immobilienmarkt. Danach steht der Markt vor einem grundlegenden Umbruch. Der demografische Wandel wirkte zwar bundesweit, weise aber differenzierte, regional unterschiedliche Entwicklungen auf. Bestimmend sei, dass seit zehn Jahren die Zahl der fertig gestellten Wohnungen in

Mehrfamilienhäusern kontinuierlich zurückgehe, während sie bei Einfamilienhäusern seit einigen Jahren stagniere. Ursachen seien vor allem geringe Nachfrageimpulse, aber auch die Kapazitätserweiterungen nach der Wiedervereinigung.

Die Nord/LB rechnet auch nicht mehr mit einer kurzfristigen Änderung dieser Entwicklung. Ein anderer Grund seien die fehlenden Anreize für verstärkte Neubauaktivitäten, weil bei Hauspreisen und Mieten kein ausreichender starker Zuwachs festzustellen sei. Auf der Nachfrageseite bestehe das Problem der demografischen Entwicklung.

Überblick

1 Thema des Monats:

Frühjahrgutachten: Bauinvestitionen 2008/2009 weiter aufwärts gerichtet

Nord/LB analysiert Wohnungsmarkt

2 Kommentar:

Die Schere klapft auseinander

Ifo aktuell

3 Forum Nord:

Interview

mit Dr. Volker Müller,
Hauptgeschäftsführer Unternehmerverbände Niedersachsen e.V.

4 Trends und Märkte:

Ausbildungsboom in der Bauindustrie

Bauindustrie zum Zustand der
Leitungsinfrastruktur

Kommunaler Investitionsbedarf
liegt bei 704 Milliarden Euro

Bausausgaben der Gebietskörperschaften
2007

Kurz notiert

Impressum



Kommentar:

Die Schere klafft auseinander

(brb).-Die Sache mit der Lkw-Maut bleibt ein Ärgernis. Erst schimpfte das Speditionsgewerbe lauthals über die neue Abgabe. Dann gab es Spott und Häme, weil das elektronische Aufzeichnungssystem nicht in Gang kam. Schließlich brachten die Brummifahrer, die dem Zugriff des Fiskus über Nebenstraßen auszuweichen versuchen, die genervten Anwohner auf die Palme. Und jetzt ist begründeter Unmut, weil die Bundesregierung ihre Verkehrsinvestitionen verringern will, obgleich die Einnahmen aus der Autobahnmaut steigen (und der Investitionsbedarf gewaltig ist).

Das Mautaufkommen wächst und wächst. 2005 betrug es 2,8 Milliarden Euro, und 2007 kassierte Vater Staat bereits 3,3 Milliarden Euro. Auch in diesem Jahr und in den Jahren danach wird diese Geldquelle verlässlich und von Mal zu Mal überdies reichhaltiger sprudeln. Dafür sorgt schon der unaufhaltsam zunehmende Lastzugverkehr auf den hochbelasteten deutschen Autobahnen, an denen längst sogar Parkplätze für die gestressten Brummifahrer knapp geworden sind.

Doch es besteht eine merkwürdige Diskrepanz zwischen der Entwicklung von Mauterträgen und Verkehrsinvestitionen: Die eine Entwicklungslinie geht deutlich nach oben und die andere zeigt nach unten. Denn der Bund will diese Investitionen nach 2008 nicht mehr verstärken, sondern in Schritten von rund 150 Millionen Euro jährlich zurückführen. Nach der Berliner Finanzplanung werden die Verkehrsinvestitionen 2011 wieder auf den Stand von 2007 abgesenkt sein. Es lässt sich ausmalen, was das bedeutet – ein Kilometer neue Autobahn beispielsweise wird dann zu den damaligen Preisen bestimmt nicht mehr zu haben sein.

Schrumpfende Verkehrsinvestitionen bei wachsenden Mauteinnahmen – das passt einfach nicht zusammen. Die niedersächsische Landesregierung sollte sich der Angelegenheit annehmen und sich dieser Fehlentwicklung widersetzen. Für Wirtschaftsminister Walter Hirche eröffnet sich ein wichtiges Betätigungsfeld, auf dem er sich mit Überzeugungskraft und mit Unnachgiebigkeit gegenüber der Bundesregierung Lorbeeren verdienen kann.

Fortsetzung Seite 1

Die leichte Erhöhung der Wachstumsrate auf 1,4 Prozent im Jahr 2009 ist nach Einschätzung der Institute auf einen Umschwung im Wohnungsbau zurückzuführen; die Investitionen in dieser Sparte sollen im nächsten Jahr um 0,5 Prozent zulegen. Leichte Wachstumsabschwächungen im Gewerblichen Bau und im Öffentlichen Bau werden dadurch überkompensiert.

Bei den Wachstumsraten für den Wirtschaftsbau und den Öffentlichen Bau ist allerdings zu beachten, dass diese der Systematik der Volkswirtschaftlichen

Gesamtrechnungen (VGR) folgen. Daher umfassen sie auch Grundstücks-transaktionen zwischen diesen Sektoren, die keine Bautätigkeit beinhalten. In der VGR kommt es daher regelmäßig zu einer Überzeichnung des konjunkturellen Impulses im Öffentlichen Bau. Für 2007 wird in der VGR ein reales Wachstum des Öffentlichen Baus von 6,8 Prozent ausgewiesen. Bereinigt um die Grundstückstransaktionen sinkt diese Rate auf 3,0 Prozent. Entsprechend erhöht sich die Zunahme beim Wirtschaftsbau von 3,7 auf 5,2 Prozent.

ifo aktuell

April 2008: alte Bundesländer

- Die Testteilnehmer beurteilten die aktuelle Geschäftslage etwas günstiger als im Vormonat. Die Geschäftsaussichten für die nächsten 6 Monate haben sich dagegen leicht verschlechtert.
- Der Anteil der Firmen mit nicht-kostendeckenden Preisen lag im April 2008 bei 40 Prozent (April 2007: 34 Prozent).
- Die Reichweite der Auftragsbestände blieb im April 2008 mit 2,6 Monate auf Vormonatsniveau (April 2007: 2,7).
- 14 Prozent der Firmen planen in den nächsten 3 Monaten Arbeitsplätze abzubauen. Im Vorjahresmonat waren es 12 Prozent.

April 2008: neue Bundesländer

- Die Beurteilung der aktuellen Geschäftslage hat sich gegenüber März 2008 nicht verändert. Die Erwartungen für die nächsten 6 Monate sind negativer als im März 2008.
- Nichtkostendeckende Preise haben im April 2008 41 Prozent der Firmen gemeldet (April 2007: 38 Prozent).
- Die Reichweite der Auftragsbestände betrug im April 2008 2,2 Monate (März 2008: 2,1/April 2007: 2,0).
- 12 Prozent der Firmen planen in den nächsten 3 Monaten einen Stellenabbau (März 2008: 15 Prozent, April 2007: 11 Prozent).



Forum Nord



Niedersachsen als Investitionsstandort

(brb)-Im Gespräch mit Honorarkonsul Dr. Volker Müller, Hauptgeschäftsführer Unternehmerverbände Niedersachsen e.V., Hannover

Baurundblick: Die berühmten 100 Tage nach der Landtagswahl sind vorbei. Welche konkreten Forderungen richten Sie an die Landesregierung?

Dr. Volker Müller: Die Unternehmerverbände fordern die Landesregierung nach wie vor auf, die Unternehmen – vor allem auch den



Mittelstand zu stärken. Wir sehen die Erneuerung des Verwaltungsaufbaus als Schritt in die richtige Richtung, fordern aber eine weitere Modernisierung und Vereinfachung des Verwaltungsapparates. Die Schaffung be-

schäftigungsfreundlicher Rahmenbedingungen sollte konsequent verfolgt werden. UVN tritt für die Konzentration der Arbeitslosenversicherung auf eine beitragsfinanzierte Basis sowie die Stärkung der Arbeitsanreize durch ein Kombi-Einkommen und den Ausbau flexibler Beschäftigungsformen, insbesondere der Zeitarbeit ein. Neben finanzieller Unterstützung durch Fördermittel soll auch der Fokus auf die Fort- und Weiterbildung von Arbeitnehmern gerichtet werden. Ein lebenslanges Lernen mit Eigeninitiative von Arbeitnehmern muss im Hinblick auf die fortschreitende Globalisierung zur Selbstverständlichkeit werden. Insbesondere muss der Mittelstand an Qualifizierungsmaßnahmen herangeführt werden. Ziel in dieser Legislaturperiode sollte es sein, die Berufsbildung in Niedersachsen weiter zu strukturieren. UVN bevorzugt das Duale Ausbildungssystem bzw. die betriebliche Ausbildung. Wir befürworten die Bestrebungen zur Konsolidierung des Landeshaushaltes und die Zurückführung der Neuverschuldung.

Baurundblick: Wo sehen Sie vorrangig Investitionsbedarf in Niedersachsen?

Dr. Volker Müller: Wir begrüßen alle Investitionsentscheidungen, die eine Verbesserung des Wirtschaftsstandortes nach sich ziehen. Im Vordergrund steht dabei die Infrastrukturmodernisierung. Eines der bedeutendsten Projekte ist der Jade-Weser-Port, der nicht nur zukunftsweisend für den Standort Wilhelmshaven, sondern auch für das Land

Niedersachsen ist. Die damit verbundenen Infrastrukturprojekte sind besonders positiv zu werten. Allerdings darf hierbei nicht die nötige Hafenanbindung per Straße und Schiene vergessen werden.

Baurundblick: Mit Mitteln aus dem Europäischen Fonds für regional Entwicklung (EFRE) sowie aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) erhält Niedersachsen in der Förderperiode 2007-2013 rund 1,67 Milliarden Euro für das Gebiet der ehemaligen Bezirksregierung Lüneburg. Lässt sich jetzt schon erkennen, in welchem Ausmaß sich Wirtschaftsunternehmen in der Region im Rahmen der Programme „Konvergenz“ und „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung engagieren?

Dr. Volker Müller: Für Unternehmen im Bereich der ehemaligen Bezirksregierung Lüneburg (das entspricht der Region, die heute diese erhebliche Ziel-1-Förderung erhält) können extrem intensive Investitionsbemühungen aufgezeigt werden. Im Nordosten des Landes war und ist Lüchow-Dannenberg immer strukturschwach. Dort sind nur 2007 im Zuge der Ziel-1-Förderung und aus der nationalen Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur sage und schreibe 30 Millionen Euro an Zuschussmitteln, das entspricht mehr als 150 Millionen gewerblicher Investitionen eingeleitet worden. Die Region Lüneburg hat 2007 55 Prozent aller Fördergelder gebunden, nachdem sie in der letzten Fondsperiode 2000 - 2006 nur in unterdurchschnittlichem Maße Mittel binden konnte. Auch in der Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen aus dem EFRE durch die Landkreise und kreisfreien Städte sind so viele Mittel gebunden worden, dass schon 9 Monate nach dem tatsächlichen Anlaufen so viele Mittel gebunden wurden, dass das niedersächsische Wirtschaftsministerium Hinweise zur Mittelbewirtschaftung und Streckung der Finanzierung gegeben hat. Insgesamt hat die einzelbetriebliche Förderung – auch im Sinne von UVN – besonders im Mittelstand sehr gut angesprochen und die Ziele der operationellen Programme erreicht. Die Landesregierung wird etwas Haushalten müssen, damit die durchaus auch begrenzten EFRE- Mittel und die nationale Kofinanzierung über den überwiegenden Teil der Fondsperiode hinweg auch reichen. 2010 erfolgt eine Zwischenevaluation, bei der das Höchstfördergebiet der Arbeitsmarktregion Uelzen auf die normale Fördersatzhöhe eingepegelt werden wird. Wirksam wird das 2011, die Evaluation läuft 2010. Das Ziel-1-

Programm ist ein voller Erfolg für die Unternehmen.

Baurundblick: Eine sichere und kostengünstige Energieversorgung ist eine wichtige Voraussetzung für einen leistungsfähigen attraktiven Wirtschaftsstandort. Wenn aufgrund des Kernenergieausstiegs Kraftwerkskapazität stillgelegt wird, müssen neue Kapazitäten für Energieerzeugung unter Beachtung der CO²-Reduktion hinzukommen.

a) Wie sehen Sie die Aktivitäten der Energieversorgungsunternehmen und der Landesregierung in diesem Bereich?

b) Wie stehen Sie zu dem Vorhaben der Landesregierung, neue Stromtrassen nur unterirdisch zu verlegen?

Dr. Volker Müller: a) UVN plädiert dafür, die Option Kernenergie offen zu halten und längere Laufzeiten der bestehenden Kernkraftwerke zuzulassen. Längere Laufzeiten von 40 bzw. 60 Jahren bringen Versorgungssicherheit zu vernünftigen Preisen. Die entsprechende BDI-Studie hat gezeigt, dass auch unter Umweltschutzaspekten Emissionsminderungen von bis zu 45 Millionen Tonnen CO²/Jahr erzielt werden können. Nach wie vor ist die Kernkraft die einzige Energieform ohne nennenswerten CO²-Ausstoß, die zudem wirtschaftliche Energieversorgung leiten kann. An dieser Stelle unterstützen wir die Aktivitäten der Energieversorger mit unserer Initiative „Energie 2020“. Im Zusammenhang mit dem Thema Kernenergieausstieg müssen auch andere Punkte der Klimaschutzdiskussion beachtet werden. Gewollt ist ein Kernenergieausstieg, gleichzeitig aber auch eine Senkung der Treibhausgasemissionen. Der Ausstieg aus der Kernenergie bedeutet „Energieversorgungslücken“, die durch andere nicht so klimafreundliche Energieerzeugungsformen geschlossen werden müssen. Beispiel: Angenommen, alle Kernkraftwerke in Deutschland werden zeitgleich abgeschaltet und durch Kohlekraftwerke ersetzt, entspräche die dadurch verursachte CO²-Belastung dem gesamten Verkehrsaufkommen der Bundesrepublik Deutschland in einem Jahr.

b) Wir sehen die definitiv höheren Kosten durch unterirdische Trassen, z.B. bei der Verlegung und Wartung, durchaus kritisch. Allein die Investitionskosten bei der Erdkabelvariante können bis zum 10-fachen höher sein als bei Freileitungen. Das wiederum könnte vor allem für Großkunden in der Industrie die Stromkosten um mehrere Millionen Euro im Jahr erhöhen.



Trends und Märkte

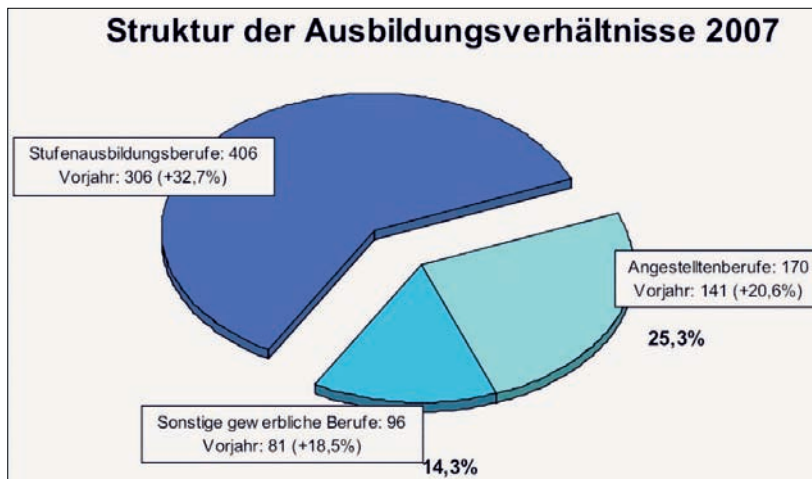
Ausbildungsboom in der Bauindustrie

(brb).-Nach jüngster Verbandsumfrage haben die rund 100 Ausbildungsbetriebe des Bauindustrieverbandes Niedersachsen-Bremen ihre Zahl der Ausbildungsplätze um 27% auf fast 700 Baufachkräfte der Zukunft erweitert.

Der Hauptteil entfällt auf die gewerblich-technischen Ausbildungsberufe der sogenannten Stufenausbildung Bau, die insgesamt 17 unterschiedliche Bauberufe

zusammenfasst. Der Tiefbau – und dabei der Straßenbau besonders – stellt die größte Gruppe dar. Merkwürdig an Bedeutung hat auch der Spezialist Rohrleitungsbauer zugenommen.

Es werden rund 300 Ausbildungsplätze zum Sommer 2008 angeboten. Eine Ausbildungsplatzbörse findet sich auch unter: www.bauindustrie-nord.de



Bauindustrie zum Zustand der Leitungsinfrastruktur

(brb).-„Der geschätzte Investitionsbedarf von 87,3 Milliarden Euro für Ausbau und Erhalt der kommunalen Wasserversorgung und Abwasserentsorgung ist nur die Spitze des Eisbergs. Die eigentlichen Probleme liegen in den nicht-öffentlichen Leitungsnetzen.“ Mit diesen Worten kommentierte Ewald Weber, Vorsitzender des bauindustriellen Fachverbandes BFA Leitungsbau, die vom Deutschen Institut für Urbanistik (DIFU) veröffentlichte Schätzung des kommunalen Investitionsbedarfs 2006 bis 2020 für den Bereich Leitungsinfrastruktur. 450.000 Kilometer öffentlicher Kanäle sind danach in weiten Teilen sanierungsbedürftig. Allein hierfür setzt das DIFU in seiner Studie 21,9 Milliarden Euro Investitionsbedarf an.

Der kritische Zustand der privaten Kanäle und Hausanschlussleitungen sind seit

Jahren bekannt. Die privaten Kanäle in Deutschland umfassten die zwei- bis dreifache Länge des öffentlichen Kanalnetzes; davon seien je nach Schätzung zwischen 40 und 70 Prozent defekt.

Nicht nur die Kanäle, auch der Zustand der deutschen Energieversorgungsnetze wirft Fragen auf. So habe sich die Bundesnetzagentur im März 2008 besorgt über den Zustand der Strom-Überlandleitungen in Deutschland geäußert. Der Ausbau und die Erneuerung der Netze seien überfällig, mittelfristig Engpässe nicht auszuschließen. Allein der Netzausbaubedarf bis zum Jahr 2020 wird vom Energiewirtschaftsverband BDEW mit 40 Milliarden Euro beziffert.

Kommunaler Investitionsbedarf liegt bei 704 Milliarden Euro

(brb).-Der kommende Investitionsbedarf für die Jahre 2006 bis 2020 liegt bei 704 Milliarden Euro. Das ist das Ergebnis einer Studie des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu), die im Rahmen der Forschungsinitiative „Zukunft Bau“ gemeinsam vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung der Deutschen Bauindustrie und dem Bundesverband der Deutschen Zementindustrie gefördert wurde.

Baus Ausgaben der Gebietskörperschaften 2007

(brb).-Die Gebietskörperschaften gaben 2007 25.253 Millionen Euro für Baumaßnahmen aus, 2,4 Prozent mehr als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Den stärksten Zuwachs verzeichnen die Gemeinden, die ihre Bauausgaben um 5,1 Prozent auf 15.420 Millionen Euro erhöhen. Die Länder gaben 4.354 Millionen Euro für Baumaßnahmen aus, 0,4 Prozent mehr als 2006. Lediglich der Bund reduzierte seine Bauausgaben um 3,3 Prozent auf 5.478 Millionen Euro.

Kurz notiert

(brb).-Im April 2008 sank die Zahl der Arbeitslosen mit bauhauptgewerblichen Berufen im Vergleich zum Vorjahresmonat um 16,1 Prozent auf 63.887.

Die Zahl der Arbeitslosen mit bauhauptgewerblichen Berufen betrug im April 2008 in den neuen Bundesländern 79.876. sie lag damit um 14,2 Prozent über dem Stand des Vorjahres.

Impressum

Druckerei Gebrüder Höltje GmbH
Escherstraße 22, 30159 Hannover
Telefon (05 11) 70 08 60
Telefax (05 11) 7 00 86 86
ISDN (05 11) 7 00 86 71
Norddeutsche Landesbank
Girozentrale
Konto 101020 964, BLZ 250 500 00

Sparkasse Hannover
Konto 547 646, BLZ 250 501 80
Verantwortlich: Dr. Hans-Peter Sattler

Nachdruck, auch auszugsweise gestattet. Quellenangabe und Belegexemplare erbeten.